



NR° 3
September 2015

Referendum «Nein zu diesem FMedG»
**Bitte selbst sofort unterschreiben und
Unterschriften sammeln!!! Frist läuft.**
Unterschriftenbogen im Heftinneren!

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: David Blatter

EVP WÄHLEN: FÜR EINE NACHHALTIGE, GERECHTE UND MENSCHENWÜRDIGE SCHWEIZ

Der Wahlevent der EVP vom 5. September in Oberburg stand ganz im Zeichen der drei Wahlthemen «Nachhaltig leben, gerecht handeln und Menschen würdigen».

Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff forderte in ihrer Präsidentialansprache angesichts des akuten Flüchtlingselends eine massive Verstärkung der Hilfe vor Ort, die jedoch mit entsprechender finanzieller Ausstattung einhergehen müsse: «Die EVP vertritt seit langem das Anliegen, das Millenniumsziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes an die Entwicklungszusammenarbeit zu bezahlen.»
«Klimaneutral. Generationengerecht. Enkeltauglich.» National-

rätin Maja Ingold, Winterthur, ZH, zeigte in ihrem Wahl-Votum auf, wie ernst es der EVP in Sachen ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit ist, so mit dem Nein zur 2. Gotthard-Röhre, dem Engagement für die Konzernverantwortung multinationaler Unternehmen oder in der Reform der Altersvorsorge. Die Aargauer Grossrätin und Nationalratskandidatin Lilian Studer, Wettingen AG, nannte «Menschen würdigen» einen zentralen Grund und Leitwert für das politische Engagement der EVP.

TATEN STATT WORTE 3

Gehard Fischer nimmt seit den 80er Jahren Flüchtlinge bei sich auf – nicht erst im Wahlkampf.



3X NEIN FÜR EINE MENSCHLICHE POLITIK 4

Die EVP bleibt ihren Wahlthemen treu: An der DV sagt sie klar Nein zu 2. Gotthard-Röhre, Durchsetzungsinitiative und FMedG.

REFERENDUM 8

Die Umsetzung der PID braucht Grenzen. Darum: Sammeln Sie Unterschriften fürs Referendum!

EDITORIAL



Milieu wählt EVP!

Bitte nicht falsch verstehen, liebe Leserin, lieber Leser. Zwar geriet die EVP letztes Jahr durch ihren Kampf gegen den Menschenhandel zwecks sexueller Ausbeutung verschiedentlich zusammen mit Stimmen aus dem sogenannten Rotlichtmilieu in die Schlagzeilen. Dies ist aber nicht gemeint mit meiner Aussage.

Zum 95. Jahrestag der EVP-Parteigründung publizierte Kathrin Meier aus Bern ihre hervorragende Masterarbeit «Die Positionierung der Evangelischen Volkspartei: Mitte oder Milieu?» (unter Milieu versteht sie soziale Klasse oder Konfession).

Ein Fazit der Masterarbeit ist für die bevorstehenden Wahlen besonders wichtig. Es lautet: «Da die neuen und die bisherigen WählerInnen gesellschaftlich und wirtschaftlich weniger liberal sind als die ehemaligen WählerInnen, wird die EVP durch diese Wählerbewegungen noch stärker zur Milieupartei. Damit unterscheidet sie sich zwar deutlicher von den anderen Parteien, sie klärt ihre Position und erhöht ihre Überlebenschance. Gleichzeitig schränkt sie damit ihr Wachstumspotenzial ein, da sich ihre Rekrutierungsmöglichkeiten vorwiegend auf das Milieu beschränken dürften.»

Weshalb in der Schweiz bisher keine andere Kleinpartei das Alter und die Konstanz der EVP erreichte, liegt demnach in der Treue der Wählerschaft aus «unserem» Milieu. Mit der Wahlkampfstrategie 2015 zeigt die EVP Flagge. Mitte sein allein ist kein Programm. Die eigenen Inhalte, die kraftvoll und ausdauernd vertreten werden, überzeugen immer mehr Menschen.

Natürlich bleibt es unser Ziel, möglichst viele neue Wählende beziehungsweise bisher Stimmabstinente auf unsere Seite zu ziehen. In erster Linie gilt es jedoch, unser eigenes Milieu in den Kirchen und Freikirchen, Gemeinschaften und Gruppierungen zu pflegen und weiter an uns zu binden.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihr persönliches Engagement!

Marianne Streiff

Marianne Streiff
Präsidentin der EVP Schweiz

Anzeige




**Für Gott ist
nichts unmöglich.**

Die Bibel: Lukas 1,37

Agentur C®

PAROLEN

Beschlossen an der 1. ausserordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 05. September 2015 in Oberburg bei Burgdorf:

 **ÄNDERUNG DES BUNDEGESETZES ÜBER DEN STRASSENTRANSITVERKEHR – 2. GOTTHARD-RÖHRE** **NEIN**

 **DURCHSETZUNGSINITIATIVE ZUR AUSSCHAFFUNG KRIMINIELLER AUSLÄNDER** **NEIN**

 **ÄNDERUNG DES FORTPFLANZUNGSMEDIZINGESETZES (FMEDG)** **NEIN**

ORIGINALTON

 Artikel von Simon Hehli, NZZ

«Die Kleinpartei lässt sich nur schwer im klassischen Parteien-Schema verorten. Sie ist für Umverteilung, Umweltschutz und eine soziale Asylpolitik. Gleichzeitig kämpft sie gegen Abtreibungen, Homo-Ehe und Drogenlegalisierung. Die Richtschnur der EVP sind ethische Überzeugungen, die auf dem christlichen Glauben fussen.»

nzz online vom 10. Juli 2015

 Interview mit Matthias Stürmer, EVP Stadtrat Bern

«Wir von der EVP sind der Meinung, dass wir den Kindern nicht einen der zwei unterschiedlich geschlechtlichen Elternteile vorenthalten dürfen. Man kann da anderer Meinung sein, so wie es ja auch Leute gibt, die Leihmutterchaft, Polygamie oder Heirat von Geschwistern legalisieren wollen. Auch diese Liberalisierungstrends finden wir von der EVP nicht gut.»

Tagesanzeiger online vom 27. Juli 2015

Matthias Stürmer in einem Interview u.a. zum Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.»

EVP AUF SOCIAL MEDIA

 www.facebook.com/evppev

 @evppev

«WIR SIND ZUM DIENEN DA, NICHT UM MACHT AUSZUÜBEN.»

Es gibt Menschen, die leben, was sie sagen und das nicht nur im Wahlkampf. Gerhard Fischer nimmt seit den 80er Jahren immer wieder Flüchtlinge bei sich auf – und bringt ihnen Würde und Respekt entgegen. Auch diesen Frühling hat er wieder seine Bereitschaft gemeldet, Menschen auf der Flucht zu helfen.



Gerhard Fischer, 64, wohnt in Bäretswil, verheiratet, 10 Kinder zwischen 17 und 40, Bio-Landwirt, seit 1997 EVP-Kantonsrat Zürich

Herr Fischer, Sie und Ihre Frau bringen seit Jahren privat Flüchtlinge bei sich zu Hause unter. Warum?

«Wir haben ein Herz für schwache und benachteiligte Menschen. Schon von Anfang an haben wir als Familie randständige Menschen aufgenommen. Ende der 80er Jahre kamen dann die ersten Flüchtlinge, damals aus Sri Lanka und dem Libanon. Es fehlte einfach überall in den Gemeinden an Unterbringungsmöglichkeiten. Da haben wir eben welche mit zu uns heim genommen. Das Elend von Menschen auf der Flucht nimmt mich einfach mit. Uns geht es so gut, da können wir doch nicht einfach die Augen zumachen und sagen, das geht uns nichts an, nur weil es weit weg ist. Wir sind auf dieser Welt zum Dienen, nicht um Macht auszuüben.»

Es gibt Stimmen, die meinen, man müsse den Menschen in den Herkunftsländern helfen, nicht erst, wenn sie alle hier-

her kommen wollen?

«Erstaunlicherweise kommt dieses Argument immer dann, wenn die Not direkt bei uns angekommen ist. Mitunter haben die gleichen Leute vorher im Parlament gegen die Erhöhung der Auslandshilfe votiert.

Natürlich wäre es das Beste, wenn die Menschen gar nicht erst entwürzelt würden. Wir haben auch schon

einer rumänischen Familie den Erlös eines 1.-August-Brunches mitgegeben, damit sie in ihrer Heimat eine Schafszucht aufbauen konnten.

Aber in akuten Kriegsgebieten wie Syrien oder Irak ist das im Moment einfach eine grosse Illusion.

Und wenn die Menschen erst einmal bei uns sind, dann sind wir als Christen schlicht verantwortlich für sie. Dann können wir uns nicht einfach mit diesem Argument herauswinden.»

Auch unter Christen beschleicht manche unausgesprochen die Angst, dass die kleine Schweiz die aktuellen Flüchtlingswellen nicht wird bewältigen können.

«Bisher haben wir Schweizer eigentlich ziemlich von diesen Menschen profitiert. Tamilen werden zum Beispiel als Arbeitskräfte sehr geschätzt. Und es ist ja längst noch nicht so, dass es in der Schweiz keinen Platz mehr gäbe – wir müssten uns vielleicht ein bisschen einschränken. Und das ist doch

die eigentlich Angst: Dass wir uns womöglich selbst ein wenig einschränken müssen und dass wir mit Problemen konfrontiert werden könnten.

Wenn wir die Menschen ernst nehmen und uns ihnen zuwen-

«Wenn die Menschen erst einmal bei uns sind, dann sind wir als Christen schlicht verantwortlich für sie.»

den, dann verhindern wir aber gerade dadurch auch Ghettosierung und die daraus drohende Radikalisierung gefährlicher Ideologien.»

Sie selbst nehmen immer wieder Flüchtlinge bei sich auf. Wie müssen wir uns das Zusammenleben im Alltag konkret vorstellen?

«Wir haben unter dem Dach zwei Zimmer, in denen dann jeweils die Flüchtlinge lebten. Je nach Kultur nahmen sie an unseren Mahlzeiten teil oder assen später zu ihren Essenszeiten.

Eine Frau aus Äthiopien lebte drei, vier Jahre bei uns. Sie pflegte liebevoll meinen Vater mit, half ihm auf die Toilette, wohnte zeitweise bei ihm im Stöckli. Sie ist Christin und betete viel für unsere Familie. Wir haben viel Segen durch sie erfahren. Sie ist heute noch eine liebe Freundin meiner Frau und hilft ab und an gerne mit, aus Dankbarkeit, wie sie sagt.»

Ist das Zusammenleben so verschiedener Kulturen,

die über Nacht aufeinander stossen, nicht sehr herausfordernd?

«Wenn die Menschen spüren, dass man ihnen sein Herz schenkt, sind sie bereit, alles dafür zu tun, dass es möglichst keine Konflikte gibt. Gerade Menschen aus anderen Religionen begegnen uns oft mit sehr hoher Achtung, wenn sie merken,

dass wir zu unserem Glauben stehen und ihnen mit Liebe und Achtung begegnen.

Natürlich kam es auch immer mal wieder zu Problemen. Einmal wurde einer meiner Libanesen des Diebstahls verdächtigt. Ich war damals pikanterweise Polizeivorstand in Bäretswil. Ein Polizist stand vor meiner Türe, um mein Haus zu durchsuchen. Er fand jedoch nichts.

Ich habe vereinzelt auch Enttäuschungen mit Menschen erlebt, die sich komplett daneben benahmen.»

Gibt es auch kleine Erfolgsgeschichten?

«Am schönsten ist es, wenn man erleben darf, wie Menschen ihren Weg zurück ins Leben finden. Ein Libanese, der bei uns war, heiratete später eine Schweizerin und führt heute das sehr bekannte libanesische Restaurant Le Cèdre in Zürich.»

**INTERVIEW: DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP**
dirk.meisel@evppev.ch



«Mal ehrlich: Warum sollen wir uns im Wahlkampf ein Bein ausreissen – wir haben doch in unserem Kanton null Chance auf einen Sitz im Nationalrat?» Auf den ersten Blick sind die Zweifel am Telefon nachvollziehbar. Aber bei näherer Betrachtung kehrt der Mut zurück: Denn worauf es ankommt, ist der Stimmenanteil der EVP in der gesamten Schweiz. Und der berechnet sich aus dem Durchschnitt aller Kantonalparteien, die an den Wahlen teilnehmen – also zählt jede Stimme aus jedem Kanton. Unser Ziel ist es, den schweizweiten Stimmenanteil der EVP von 2,0 auf 2,5 Prozent zu erhöhen. Je mehr eine Partei bei den Wählerstimmen zulegt, desto mehr berichten die nationalen Medien darüber. Gerade für uns Kleinparteien ist es lebensnotwendig, Stabilität oder sogar Wachstum zu demonstrieren – Stichwort Sperrklausel. Aber auch die regionalen und lokalen Medien berichten nur über den, der aktiv ist: Nationalratswahlkampf als ideale Medienplattform vor Ort, um die eigenen Themen und Werte der EVP zu platzieren – und bereits auf das Wahrnehmungs- und Akzeptanz-Konto der Wähler für den kommenden kantonalen oder lokalen Wahlkampf einzuzahlen. Es lohnt sich doppelt, im laufenden Nationalratswahlkampf um jede Stimme mitzukämpfen: national wie regional!

VON DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch

3X NEIN ZU 2. GOTTHARD-RÖHRE, FMEDG UND DURCHSETZUNGSINITIATIVE

An der Delegiertenversammlung vom 5. September 2015 in Oberburg hat die EVP erneut ihre Wahlthemen Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde eingelöst: Sie sagte dreimal Nein zum Bau einer 2. Gotthard-Röhre, zur Durchsetzungsinitiative und zur Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG).

EVP-Nationalrätin Maja Ingold hielt das Plädoyer gegen den Bau einer zweiten Gotthard-Röhre: Sie warnte vor einem verdoppelten Verkehrsaufkommen auf der Nord-Süd-Achse. «Denn wenn zwei Röhren erst einmal gebaut sind, werden sie auch doppelspurig befahren», so Ingold. Immenser Druck aus dem Ausland sowie inländische Volksinitiativen würden im Handumdrehen dafür sorgen – entgegen dem in der Verfassung klar verankerten Alpenschutz.

Das Ziel der Schweizer Verkehrspolitik, mit dem Gotthard-Basistunnel 2016 den Schwerverkehr endlich auf die Schiene zu verlagern, würde torpediert. Die mit mehr als einer Milliarde Franken massiv höheren Kosten einer zweiten Gotthard-Röhre verletzten zudem klar das Grundprinzip der Effizienz im nationalen Strassenbau. Die EVP-Delegierten stimmten schliesslich mit 108 Nein zu 25 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen die Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr.



Maja Ingold, EVP-Nationalrätin (ZH) an der DV in Oberburg

Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff plädierte anschliessend dafür, der Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer «eine deutliche Abfuhr» zu erteilen. Sie sei überflüssig, da ihre Forderungen inzwischen bereits umgesetzt seien. Der geforderte Ausschaffungsautomatismus verstosse gegen den Verfassungsgrundsatz der Verhältnismässigkeit. Die Initianten hintergingen das Parlament,

«Wo sind wir in unserer Demokratie gelandet, wenn wir es bewusst darauf anlegen, an den Grundfesten der Gewaltenteilung zu rütteln?»

indem sie ein fertig ausgearbeitetes Gesetz in die Verfassung schreiben lassen wollten. Dies rüttle an der Gewaltenteilung. Mit 134 Nein-Stimmen zu 0 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen sprachen sich die Delegierten klar gegen die Durchsetzungsinitiative aus.

Das Referendum gegen das FMedG «wendet sich nicht gegen die vom Volk



Fotos: Dirk Meisel

Marianne Streiff, EVP-Parteipräsidentin und NR (BE)

angenommene Verfassungsänderung, die wir akzeptieren, sondern gegen das vom Parlament verabschiedete revidierte Fortpflanzungsmedizingesetz», erläuterte Marianne Streiff das Referendum gegen die Änderung des FMedG. Es sei ein Nein zur unhaltbaren Selektion von Menschen mit gewissen Behinderungen durch das flächendeckende Chromosomen-Screening. Es werde unterschieden zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben. «Das kommt für uns nicht in Frage.» Mit 128 Nein-Stimmen und 0 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen unterstrichen die EVP-Delegierten klar das Nein ihrer Präsidentin.

VON DIRK MEISEL
LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch

Anzeige

fachlich fundiert - zeitlich flexibel

MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

Berufsbegleitend
Theologie studieren

FRIEDENSFÖRDERUNG, POTENTATENGELDER UND MILCHKUHINITIATIVE

In der Sommersession 2015 stand für die Nationalrätinnen Marianne Streiff, BE und Maja Ingold, ZH weniger die abgestürzte Armee reform im Fokus. Vielmehr waren ihnen Themen wie die Förderung des Friedens, Nahrungsmittelspekulation oder die Milchkuhinitiative wichtig.

Der Bund hat in der letzten Session die Kompetenz erhalten, künftig Einschränkungen gegen Nahrungsmittelspekulationen zu beschliessen. Der Beschluss zu den Transaktionslimiten im Finanzmarktinfrastukturgesetz fiel hauchdünn mit Präsidentscheid aus. Er ist ein wichtiger Baustein für die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens und im Kampf gegen die extreme Armut.

Der Überbrückungskredit bis 2017 für die Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit wurde gegen den alleinigen Widerstand der SVP gebilligt. Er verhindert finanzielle Lücken im Engagement der Schweiz für den Frieden. Es geht zum Beispiel um Prävention, aktive Vermittlung in Konflikten, Stärkung des Menschenrechtsschutzes, Unterstützung von multilateralen Friedensmissionen sowie Bekämpfung des Menschenhandels.

Die Revision des Umweltschutzgesetzes setzt unter anderem auf verbessertes Recycling sowie Mindestanforderungen bei besonders schädlichen Rohstoffen. Die EVP-Nationalrätinnen votierten entschieden für ein Ja zum Eintreten auf die Revision. Aus Respekt vor der Schöpfung setzen sie sich dafür ein, dass die Wirtschaft essentielle Rohstoffe auf schonende Weise gewinnt und dadurch heute bewahrt, was spätere Generationen morgen brauchen. Dank des Stichentscheids des Präsidenten nahm der Nationalrat die Revision knapp an.



Fotos: Edouard Ribben

Die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold, ZH und Marianne Streiff-Feller, BE während der Session im Bundeshaus

Zwar hiess der Nationalrat das Potentatengeldergesetz des Bundesrates gut. Es wurde jedoch durch einen offenbar vom Anwaltsverband inspirierten Antrag der rechtsbürgerlichen Mehrheit entschieden geschwächt. Die Schweiz darf unrechtmässig erworbene Gelder nur solange einziehen, wie die Straftaten der gestürzten Machthaber nicht verjährt sind.

Der Nationalrat will die Einnahmen aus der Mineralölsteuer nicht ausschliesslich für den Strassenverkehr verwenden. Er lehnte wie der Ständerat die sogenannte Milchkuhinitiative ab. Marianne Streiff machte in ihrem Votum deutlich, dass der Individualverkehr selbst eine durch allgemeine Steuergelder hoch subventionierte Milchkuh ist, die Initiative daher völlig abwegig sei.

Maja Ingold und Marianne Streiff reisten zudem am Rande der Session nach Armenien und Libanon. Nach den Gedenkfeiern zum 100-sten Jahrestag des Armenischen Völkermords ging

es weiter in den Libanon, um sich zur Flüchtlingspolitik ein genaueres Bild zu verschaffen. Die Nationalrätinnen führten Gespräche mit UNHCR, den kirchlichen und nicht kirchlichen Hilfsorganisationen und mit Familien in Flüchtlingslagern. Das Entstehen für Menschenwürde, Menschenrechte und eine Politik der sozialen Verantwortung der Schweiz auch nach aussen gehört zum Engagement der EVP. Die gewonnenen Erkenntnisse und auch die tiefe Erschütterung über das, was Menschen angetan wurde und noch heute angetan wird, bestimmt ihre politische Grundhaltung, ihr Engagement und teilweise auch ihre gegenwärtige Agenda, die mit ihren Schwerpunkten ausserhalb der direkten Ratstätigkeit gesetzt wird.

VON MARIANNE STREIFF
marianne.streiff@parl.ch

VON MAJA INGOLD
maja.ingold@parl.ch

WWW.EVPPEV.CH/SESSIONSBERICHTE

VORSTÖSSE



Motion Marianne Streiff

Religionsfreiheit

Marianne Streiff freute sich über die Annahme ihrer Motion zur Religionsfreiheit. Sie beauftragt den Bundesrat, sich auch für den Schutz religiöser Minderheiten in ihrem Heimatland einzusetzen. Auf bilateraler und multilateraler Ebene sind von Schweizer Seite das Thema Religionsfreiheit sowie der Schutz religiöser Minderheiten systematisch zu thematisieren.

Interpellation Maja Ingold

Schutz flüchtender Christen

Syrische und irakische Christen auf der Flucht berichten über Todesdrohungen und Zwangskonvertierungen in Flüchtlingscamps. Christen müssen zudem befürchten, nicht als Kontingentflüchtlinge registriert zu werden. Maja Ingold fragt in ihrer Interpellation den Bundesrat, wie er sicherstellt, dass unter den 3000 aufzunehmenden «besonders schutzbedürftigen Personen aus der Krisenregion» Christen nicht diskriminiert werden.

Interpellation Marianne Streiff

Gegen Verschwendung

In Frankreich verbietet ein Gesetz dem Grosshandel, unverkaufte Lebensmittel wegzuerwerfen. Marianne Streiff will wissen, wie sich die Schweiz ähnlich engagieren könnte.

2. Vizepräsidium



Foto: zVg

Die Baselländer Landrätin Elisabeth Augstburger wurde im Landrat Baselland zur 2. Vizepräsidentin gewählt. 2017 bis 2018 wird die EVP das Landratspräsidium einnehmen – 79 Jahre nachdem Hans Tschopp dieses Amt inne hatte.

Neu im Kantonsrat ZH



Foto: Sämi Fankhauser

Hanspeter Hugentobler ist neu als Nachfolger von Walter Schoch als Kantonsrat ins Zürcher Kantonalparlament eingezogen. Der Geschäftsführer des ERF-Medienunternehmens bringt als langjähriger Gemeinderat und Schulpräsident von Pfäffikon ZH bereits politische Erfahrung mit. Walter Schoch wurde in den Bankrat der ZKB gewählt.

Neuer Präsident EVP LU



Foto: Marco Sieber

Im Juni hat die EVP Kanton Luzern den 33jährigen Gymnasiallehrer Tobias Reinmann zum Präsidenten gewählt.



EVP STELLT DEN HÖCHSTEN REPRÄSENTANTEN DES KANTONS BERN

Grund zum Feiern bei der EVP Kanton Bern: Der Thuner EVP-Grossrat Marc Jost, 41, wurde für ein Jahr zum Präsidenten des Grossen Rates des Kantons Bern gewählt. Der ehemalige Lehrer und Pfarrer im Evangelischen Gemeinschaftswerk (EGW) ist heute Generalsekretär der Schweizerischen Evangelischen Allianz. Nach seiner Wahl 2006 in den Grossen Rat war er sechs Jahre lang Vizepräsident der Justizkommission. Im Parlament engagierte sich der



Foto: Lilian Galathé Studler

2015/2016 der höchste Berner Repräsentant: Marc Jost

vierfache Familienvater vor allem in der Familien- und Finanzpolitik. Zudem kandidierte er auch schon als Regierungsrats- und Ständeratskandidat.

Grund zum Wählen: Auch auf Gemeindeebene wird diesen Herbst im Kanton vielerorts gewählt: Gemeindevahlen finden am 13. September in Wichtrach und am 18. Oktober in Lengnau, Lotzwil und Uetendorf statt. In Wichtrach hat EVP-Spitzenkandidatin Silvia Flühmann gute Chancen, Gemeinderätin zu werden. In Lotzwil stellt sich Gemeinderätin Margrit Hofer erneut zur Wahl. Es gilt, die Manda-

te im Gemeinderat und in der Schulkommission zu verteidigen. Die EVP Uetendorf will den Sitz von Gemeinderat Daniel Würsten verteidigen. In Lengnau tritt die EVP zum zweiten Mal an. Ziel ist der Auf- und Ausbau der Ortspartei, die vor den Wahlen ins Leben gerufen wird.

Grund zur Freude: Diesen Herbst gründet die EVP Kanton Bern gleich vier neue Ortsparteien: Am 19. September ruft Ruedi Mösch (des. Präsident) die EVP Lengnau ins Leben. Am 6. Oktober wird die EVP Seftigen aus der Taufe gehoben (des. Präsidentin: Mar-

len Baumann), am 9. Oktober die EVP Region Sumiswald (Präsident: Mathias Bürki) und am 10. Oktober die EVP in Aegerten-Brügg (des. Präsidentin: Heidi Meyer).



Foto: zVg

Designierte Präsidentin: Heidi Meyer

TERMINE 2015

- 07. - 25.9. Herbstsession des National- und Ständerates
- 19.09. Ökumenischer Gebetsanlass «Ein Gebet voraus», Bern, 10.15 - 12.15 Uhr
- 19.09. Marsch fürs Läbe, Zürich-Oerlikon, 14.00Uhr
- 18.10. National- und Ständeratswahlen
- 28.11. 2. Ausserordentliche Delegiertenversammlung EVP Schweiz, Frauenfeld, TG

Anzeige



Helfen und Sinn stiften

Ihr Legat oder Ihre Spende helfen, dass wir unsere Arbeit unter den Ärmsten weiterhin tun können. Verlangen Sie unseren Testaments-Ratgeber.

Hohlstrasse 192, 8004 Zürich, Tel. 043 336 50 80
www.swsieber.ch, info@swsieber.ch, Spendenkonto 80-40115-7

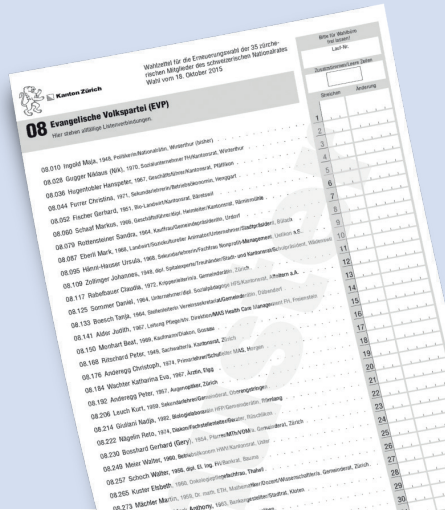


Sozialwerke Pfarrer Sieber
auffangen – betreuen – weiterhelfen

BITTE WÄHLEN GEHEN UND AM BESTEN 100% EVP EINLEGEN!

Am 18. Oktober wählen die Schweizerinnen und Schweizer den neuen National- und Ständerat. Gerade die EVP ist besonders darauf angewiesen, dass ihr «Milieu», die Christen und Christinnen im Land, ihr die Treue halten und sie wählen. Damit sind Sie, liebe Leserin, lieber Leser gemeint. Darum: Bitte gehen Sie an die Urne oder wählen Sie rechtzeitig per Briefwahl. Auf Ihre Stimme kommt es an! Und bitte motivieren Sie in Ihrer Gemeinde, unter Ihren Freunden und Bekannten sowie in Ihrer Familie, es Ihnen gleich zu tun. Und so sorgen Sie dafür, dass ihre Stimme am meisten Gewicht für die EVP erhält:

1. Am allerbesten: legen Sie die EVP- oder *jevvp-Liste völlig unverändert in die Wahlurne ein. Wenn Sie einen Namen von einer fremden Liste auf die EVP-Nationalratsliste schreiben, schwächen Sie die Stimmkraft der EVP und damit die Chancen, Sitze zu gewinnen.
2. Auch gut: Wenn Sie den leeren Wahlzettel benutzen, schreiben Sie EVP in den Listenkopf, damit die leeren Linien der EVP zukommen!
3. Wenn Sie eine Liste einer anderen Partei wählen, schreiben Sie Ihre EVP-Kandidierenden 2x auf die Liste.
4. Wenn Sie kumulieren wollen, dann nur Kandidierende der EVP oder der *jevvp. Schreiben Sie einen Namen maximal 2x auf.



Zum Gedenken
 Susanne Rüfenacht-Schenk, langjährige Präsidentin der Freiburger EVP und Mitglied des Zentralvorstands, ist Ende Mai verstorben. Sie galt als unermüdliche Schafferin und «Baumeisterin» der EVP Freiburg. «Sie hat diese geprägt und ihr ein Gesicht gegeben», so der frühere EVP-Grossrat und politische Weggefährte Daniel de Roche über Susanne Rüfenacht. Die Murtnerin gründete die Kantonalpartei 1996 mit. Von 2005 bis April 2015 stand sie ihr als Präsidentin vor. Wir wünschen der Familie viel Kraft und Gottes Trost in der Zeit der Trauer und des Abschieds.

Anzeige

Arbeitet Ihr Geld so fair wie Sie?



Bleiben Sie Ihren Grundsätzen treu: legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an. Seit 40 Jahren unterstützen wir Millionen benachteiligte Menschen in über 60 Entwicklungsländern mit fairen Darlehen für Mikrofinanzinstitute, Fair-Trade Kooperativen und KMU. Ihre Geldanlage erreicht so eine soziale, ökologische und finanzielle Rendite.

www.oikocredit.ch



NR° 3
September 2015

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.
3000 Bern 7



REFERENDUM

REFERENDUM FÜR KLARE GRENZEN BEI DER UMSETZUNG DER PID

Das Schweizer Stimmvolk hat am 14. Juni 2015 der Verfassungsänderung zur Einführung der PID zugestimmt. Deren Umsetzung regelt das revidierte Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG). Es will mit dem umstrittenen Chromosomenscreening die Selektion von vermeintlich lebensunwertem Leben zulassen. Die EVP hat dagegen gemeinsam mit vielen anderen Organisationen das Referendum ergriffen: Sie will klare Grenzen im FMedG für die Umsetzung der PID.

Seit dem 1. September ist das überparteiliche Komitee «NEIN zu diesem FMedG» aktiv am Sammeln der mindestens 50'000 gültigen Unterschriften. Die Sammelfrist beträgt 100 Tage ab Publikation im Bundesblatt am 1. September.

Das Referendum wendet sich nicht gegen die vom Volk angenommene Verfassungsänderung. Diesen Entscheid akzeptiert die EVP. Es geht vielmehr darum, im revidierten Fortpflanzungsmedizingesetz (rFMedG) möglichst klare Grenzen für die konkrete Umsetzung der Präimplantationsdiagnostik (PID) festzuschreiben.

Zentrale Änderung der vom Parlament bereits verabschiedeten Gesetzesrevision ist ein neuer Artikel (5a Abs. 1-3), der neben der genetischen Suche nach Erbkrankheiten bei erblich belasteten Paaren auch die Suche nach Chromosomenstörungen von Keimzellen und Embryonen bei allen Paaren ermöglicht. Das heisst:

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF 294, 3000 Bern 7, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch

Grafik und Redaktion: Dirk Meisel (dm)

Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Joel Blunier (jb), Maja Ingold, Marianne Streiff, Ellen Tedaldi (Korrektur)

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet



Cartoon: Thomas Plassmann

Grundsätzlich könnten alle ausserhalb des Mutterleibes erzeugten Embryonen mit allen technisch zur Verfügung stehenden Gentests im Reagenzglas untersucht, ausgesondert und eliminiert werden, so auch Embryonen mit Down-Syndrom (Trisomie 21).

Neu dürften zudem pro Behandlungszyklus zwölf statt bisher drei Embryonen entwi-

ckelt werden. Also entstünde eine immense Anzahl «überzähliger» Embryonen. Neu soll es erlaubt werden, diese einzufrieren (Kryokonservierung). Spätestens nach 10 Jahren müssten diese menschlichen Embryonen aufgetaut, vernichtet oder der Forschung zur Verfügung gestellt werden.



MEHR INFOS UND BÖGEN:
WWW.EVPEV.CH/FMEDG

Die Gründe fürs Referendum:

1. NEIN zur Möglichkeit der flächendeckenden Selektion zwischen wertvollem und vermeintlich «minderwertigem» Leben für alle Paare, die künstliche Befruchtung beanspruchen.
2. NEIN zur Vernichtung tausender sogenannt «überzähliger» menschlicher Embryonen. Pro erfolgreicher Geburt braucht es ca. 40 Embryonen. Tausende «überzählige» menschliche Embryonen müssten laut Gesetz nach 10 Jahren vernichtet oder der Forschung zur Verfügung gestellt werden.
3. NEIN zum «Lebendversuch»: Laut der europäischen Dachorganisation der Fortpflanzungsmedizin ist der Nutzen des Chromosomenscreenings für kinderlose Paare wissenschaftlich nicht erwiesen. Die Anwendung der Methode auf menschliche Embryonen ohne erwiesenen Nutzen entspricht einem ethisch nicht vertretbaren Lebendversuch.
4. NEIN zur Salamiaktik hin zu einer schrankenlosen Fortpflanzungsmedizin! Ein NEIN zum neuen FMedG ist ein klares Signal ans Parlament: Wir wollen keine Retterbabys, keine Eizell- oder Embryonenspende und keine Leihmutter, die alle bereits in der politischen Warteschlange stehen.
5. NEIN zur gesellschaftlichen Entsolidarisierung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderung! Sie sind kein unerwünschtes und vermeidbares Risiko.

ClimatePartner
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071